





# Der Bund.

## Bereingung freischichtlicher Akademiker.

In den Kämpfen, die das neue Deutschland um die Gestaltung seines geistigen und sozialen Lebens heute führt haben die akademisch gebildeten Bürger in erster Reihe zu stehen. An sie ergeht der Ruf, der Wahrheit zu ihrem Recht zu verhelfen, den Geist der Selbstlosigkeit zu wecken, die Nation für große Ziele zu begeistern, die Verständigung der Völker zu bewirken. Nicht wider, sondern für jene Selbstlosigkeit muß der Akademiker leben, die in tiefer Stille am alten Stand verweilt sind und jetzt um eine neue, reifere Form deutschen Lebens ringen.

Die Angehörigen der deutschen Hochschulen — Lehrer wie Studierende — erscheinen dem Aufstrebenden heute vielfach als Vertreter geistiger und politischer Reaktion. Der Akademiker selbst weiß, daß in dieser Verallgemeinerung eine solche Auffassung irrig ist. Die Zahl freischichtlicher geistiger Menschen ist unter Akademikern und Studenten durchaus beträchtlich. Es fehlt ihnen aber ein Zusammengehörigkeit, der ein wirkungsvolles Auftreten in der Öffentlichkeit zuläßt, während die Gegner des neuen Deutschlands unerschrocken versuchen, die Akademikerarbeit und zugleich die Hochschulen in den Dienst ihrer Bestrebungen zu stellen.

Es gilt daher, die Akademikerarbeit aus dem freischichtlichen Lager insbesondere die akademischen Lehrer zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um frühere Freistudenten oder Angehörige von Korporationen handelt, für bestehende Bindungen sollen nicht zerstört, sondern vielmehr in den Dienst der geplanten Arbeit gestellt werden.

Eine völlige Veränderung der unerschrockenen Verhältnisse auf den Hochschulen von heute auf morgen herbeizuführen, ist nicht möglich. Wirksam können jedoch die schlimmsten Mißstände behoben werden, wenn die freischichtlichen Akademiker sich der Verpflichtung bewußt werden, sich selbst und der freischichtlichen Studienarbeit durch gemeinsame Arbeit zu helfen. Als praktische Maßnahme sind neben jährlichen Zusammenkünften in Verbindung mit Studienaufstellungen wissenschaftlicher und politischer Richtung zunächst Stätten zu schaffen, an denen Studierende und Akademiker ihre regelmäßigen Zusammenkünfte veranlassen können. Eine neue Art des akademischen Zusammenlebens wird so neues geistiges Leben zur Entwicklung bringen. Zugleich wird auch dem gesellschaftlichen Leben, unter dem die freischichtliche geistige akademische Jugend namentlich an kleineren Hochschulen zu leiden hat, wirksam begegnet werden.

Zur Durchführung dieses Wertes hat sich eine Reihe von Akademikern zusammengeschlossen.

### Der Bund „Bereingung freischichtlicher Akademiker“ ist gegründet worden.

Die Aufgabe der Bereingung ist die Zusammenfassung der freischichtlichen Akademiker, die getreu den Grundgedanken der Vereingung von Weimar die Verwirklichung des sozialen großdeutschen Volksstaates und die Verbreitung moderner Staats- und Gesellschaftslehre unter den Akademikern, insbesondere unter der studentischen Jugend erstreben;

- die die führende Stellung des akademischen Standes nicht auf das Vorrecht der Geburt, sondern auf Leistung für das Gesamtvolk gegründet wissen wollen;
- die an den Hochschulen wie im Berufsleben mit Entschiedenheit für die Freiheit wissenschaftlicher Lehre und Forschung, für deren Unabhängigkeit von allen politischen oder wirtschaftlichen Beeinflussungen und für die Weiterentwicklung der akademischen Institutionen und Bildungsmöglichkeiten eintreten.

Entsprechend zu der Grunde liegenden Absicht, die freischichtliche akademische Arbeit in breiter Front zu sammeln, soll die Organisation mit all ihren Einrichtungen — innerhalb ihres sachgemäßen Rahmens — grundständig überparteilichen Charakter tragen. Freundschaftliche und zweckdienliche Zusammenarbeit mit den bereits bestehenden politischen und akademischen Vereinigungen, die ähnliche Ziele verfolgen, ist von vornherein gewährleistet.

### Anspruch der Bereingung ist:

- Berlin-Schöneberg, Nymphenburger Str. 10.
- Weichardt Prof. Dr. Gerhard Anshiff, Heidelberg.
- Prof. Dr. R. Akenon, Karlsruhe.
- Prof. Dr. Otto Baumgarten, Kiel.
- Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer, M. d. R.
- Berlin.
- Prof. Dr. Ludwig Bergersträsser, M. d. R., Berlin.
- Dr. Hermann Berlitz, Berlin.
- Chefbedienter Immanuel Birnbaum, Breslau.
- Oberstudienrat Dr. Theodor Bohner, M. d. L., Magdeburg.
- Prof. Dr. M. J. Bonn, Berlin.
- Ministerialdirektor Dr. Arn. Brecht, Berlin.
- Dr. Eduard Brenner, Erlangen-München.
- Geheimer Rat Prof. Dr. Lujo Brentano, München.
- Prof. Dr. P. Cernalt, Gießen.
- Prof. Dr. Hans Cornelius, Frankfurt a. M.
- Reichsminister a. D. Dr. Eduard David, M. d. R., Darmstadt.
- Prof. Dr. Friedr. Deffauer, Frankfurt a. M.
- Prof. Dr. Hans Driesch, Leipzig.
- Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Eugen von Dultzig, Berlin.
- Dr. Luz Eisner, Breslau.
- Ministerialdirektor Dr. C. Fald, Berlin.
- Lustigrat Dr. Fald, M. d. L., Köln.
- Dr. Ernst Feder, Berlin.
- Bernhard Fichtl, Würzburg.
- Regierungsmedizinalrat a. D. Dr. Georg Franke, Berlin.
- Sanitätsrat Dr. Richard Friedländer, Berlin.
- Prof. Dr. Robert Adolf Fröhlich, Gießen.
- Prof. Dr. Walter Gerlach, Tübingen.
- Geheimrat Prof. Dr. Walter Göb, M. d. R., Leipzig.
- Pfarrer Dietrich Graue, M. d. L., Berlin.
- Prof. Dr. Hugo Greßmann, Berlin.
- Prof. Dr. Hermann Großmann, Berlin.
- Dr. Bernhard Gutmann, Berlin.
- Dr. Ludwig Haas, M. d. R., Karlsruhe.
- Ministerialrat Dr. Kurt Hänschke, Berlin.
- Regierungspräsident Dr. Saackmann, Straßburg.
- Wilhelm Heile, Berlin.
- Prof. Dr. J. Hermann, Stuttgart.
- Dr. Theodor Heuß, M. d. R., Berlin.
- Rechtsanwalt Dr. Robert Hilb, Berlin.
- Prof. Dr. Martin Hohmann, Berlin.
- Dr. Theodor von Hülsen, Berlin.
- Prof. Dr. Carltraw, Berlin.
- Prof. Dr. Felix Jentsch, Berlin.

- mann Kienzl, Berlin.
- Dr. Gertrud Klausner, M. d. L., Berlin.
- Geheimer Medizinalrat Prof. Dr. Georg Klompeker, Berlin.
- Prof. Dr. Klingmüller, Greifswald.
- Prof. Dr. Hermann Anders Krüger, M. d. L., Reudendorf.
- Oberregierungsmedizinalrat Prof. Dr. Lemhoff, Berlin.
- Prof. Dr. Max Köhr, Röntgenstr.
- Dr. Werner Machholz, Berlin.
- Prof. Dr. S. Mand, Breslau.
- Geheimrat Dr. Albert Mendelssohn-Bartholdy, Hamburg.
- Dr. Ludwig Merzbach, Berlin.
- Prof. Dr. August Meiser, Gießen.
- Staatssekretär a. D. Dr. Oscar Meyer, M. d. R., Berlin.
- Dr. Richard Richter, Berlin.
- Dr. Wilhelm Kammien, Göttingen.
- Dr. Albert Graf Montglas, Berlin.
- Pfarrer Dr. Mooring, Breslau.
- Geheimer Hofrat Prof. Dr. Alois Würzburg, Hans Hellmuth Brück, Berlin.
- Reichsminister a. D. Prof. Dr. G. Naabruh, M. d. R., Kiel.
- Prof. Dr. Martin Rade, Marburg.
- Dr. Bruno Raeder, Berlin.
- Leinle Schreiber-Krieger, Berlin.
- Prof. Dr. L. L. Schilling, Leipzig.
- Prof. Dr. Gerhard von Schulze-Gävernitz, Freiburg.
- Prof. Dr. Max Semrau, Greifswald.
- Oberregierungsrat a. D. Dr. Hans Simons, Berlin.
- Prof. Karl Stählin, Berlin.
- Dr. Günther Stein, Berlin.
- Chefbedienter Dr. Gustav Stolper, Berlin.
- Prof. Dr. Arthur Tietz, Berlin.
- Prof. Dr. Dr. Ferd. Tönnies, Kiel.
- Prof. Dr. Veit Valentin, Potsdam.
- Prof. Dr. Johannes M. Vermeeren, Bonn.
- Prof. Dr. Alfred Vierliand, Berlin.
- Geheimer Regierungsrat Prof. Dr. Heinrich Waentig, M. d. L., Halle.
- Prof. Dr. Wilhelm Westphal, Berlin.
- Prof. Dr. Erich Willbrandt, Tübingen.
- Rechtsanwalt Dr. Hans Erich Wolff, Berlin.
- Dr. Karl Würzburger, Berlin.
- Dr. Leon Zeitlin, M. d. L., RWB., Berlin.
- Prof. Dr. Konrad Ziegler, Greifswald.

## Aus Parlamenten und Parteien Die kommunale Steuerbelastung.

Die städtische Abteilung des Preussischen Städtetages hat neuerdings eine aufschlußreiche Aufstellung herausgegeben, die über die Steuerbelastung der preussischen Städte im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl genaue Auskunft gibt. Die Statistik umfaßt sämtliche Steuerleistungen des Haushaltesjahres 1925, die den 115 freisreifen Städten aus 2 einheitsfreien, den Landesfeuern, den Kreisfeuern, ferner aus den indirekten Steuern zufliessen. Sie stellt dann als Ergebnis in einer besonderen Spalte zusammen, mit welchem Gesamtertrag in den einzelnen Stadtkreisen der Kopf der Bevölkerung belastet ist.

In den freisreifen Städten der Provinz Sachsen stellt sich die steuerliche Belastung je Kopf der Einwohner wie folgt dar:

Nordhausen	69.30 RM.
Magdeburg	65.50 "
Halsleben	67.50 "
Halberstadt	64.50 "
Zeitz	61.80 "
Weißenfels	69.30 "
Halle	66.70 "
Erfurt	55.60 "
Quedlinburg	56.80 "
Mühlhausen	64.40 "
Burg	54.10 "
Stendal	50.10 "
Eisleben	48.80 "
Wittenberg	48.80 "
Merseburg	46.20 "
Raumburg	39.30 "

Die Durchschnittsbelastung für die Stadtkreise ganz Preussens beträgt 63,10 RM.

In der Provinz Sachsen ist danach Nordhausen die mit Steuern „gelegentlich“ Stadt, während Raumburg die niedrigste Belastung hat und weit unter dem Durchschnitt liegt.

**Gegens demokratisches Programm.** Reichswehrminister Dr. Gessler hat unmittelbar vor dem Beginn des mehrmonatigen Erholungsurlaubes, den er jetzt antritt in Stuttgart sein politisches Programm entwickelt. Es zeigt ihn wieder als eine überragende staatspolitische Persönlichkeit, die von einer tiefen Befanngung ausgehend, den Willen und die Fähigkeit hat, über alle Parteigrenzen und Parteigegensätze hinweg eine Verständigung zugunsten des Staates und des Volkes anzubahnen. Wesentlich bleibt daher, daß die Weimaranische, von der Dr. Gessler ausgeht, die demokratische Staatsordnung als die Grundlage für eine günstige Zukunftsentwicklung des deutschen Reiches betrachtet. Dr. Gessler hat in seiner Stuttgarter Rede die Verdienste unterzucht, die das demokratische Prinzip sich um die Wiederaufrichtung des Reiches nach dem Zusammenbruch von 1918 erworben hat. Er hat sich besonders scharf gegen jene überflüssigen Auspostulierer gewandt, die trotz ihrer Rettung des Reiches immer von einem Verlagen des parlamentarischen Systems sprechen. Das Verhalten der Deutschnationalen Partei in den letzten Jahren hat gezeigt, daß sie sich trotz ihrer Beschuldigungen gegen den Parlamentarismus selbst dem System angepaßt haben. Und darauf gründet sich wohl die Hoffnung des Reichswehrministers, daß man zu einer allmählichen Überwindung der parteipolitischen Gegensätze kommen wird. Allerdings wird auch Dr. Gessler nicht übersehen, daß diese Entwicklung manche Rückschlüsse erleiden muß, wenn bei der deutschnationalen Partei die Richtung bestehen bleibt, ihre Propaganda auf die Verdächtigung der Angehörigen anderer Parteien zu stützen. Die Wahrung, Staatsgüter zu entwickeln, die Zersplitterung der Parteien zu überwinden, richtet sich deshalb die Scheinrepublikaner ab, er erwartet von ihnen keine Korrekturen für den Staat, nach seiner Rede aber die Führung in der Republik nur denen zuzulassen, die sich, zu dem Staat, zu seiner Autorität auch ehrlich bekennen, die Freude empfinden an diesem Staat. Das haben die Deutschnationalen bisher von sich noch nicht behauptet,

wenn sie auch von Jahr zu Jahr größere Bereitschaft zeigten, sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen zu stellen. Aber auch dem Geshies recht bemerkenswert, weil sie so deutlich, wie es nur möglich ist, die Mißverhältnisse in der vorkonstitutionären Zeit feststellen und einen Vergleich mit den Leistungen vornehmen, die die Republik auf dem Gebiete der Außenpolitik in den letzten Jahren vollbracht hat. Dr. Gessler hat sich entschieden für den friedlichen Ausgleich der natürlichen Gegensätze unter den Völkern ausgesprochen, er hat festgestellt, daß die wirtschaftlichen Kriegen, die das deutsche Volk durchmacht, nur im Zusammenhang mit der Weltwirtschaft gelöst werden können. Er hat schließlich die Bedeutung der demokratischen Partei für die Fortentwicklung des inner- und außenpolitischen Lebens unterzucht. Der Aufruf des Reichswehrministers für eine große demokratische Partei wird im ganzen Reich aus deshalb besonders gut gehört werden, weil Dr. Gessler aus seiner Zurückhaltung nur selten heraustritt und seinen Ränderungen deshalb jedes Mal allgemeine Beachtung findet.

**An unsere Bezieser!** Unsere Wochenchrift legt sich allmählich durch. Die Bezieserzahl steigt von Monat zu Monat. Der Erfolg wäre gewiß erheblich größer, wenn unsere Bezieser sich härter für unser Blatt bemüht hätten. Eine politische Wochenchrift muß einen ständigen Auftrieb haben, der nur geliebt ist, wenn unsere Leser sich an der Weiterarbeit beteiligen. Wir bitten, gelegene Nummern nicht fortzuwerfen, sondern zu Propagandazwecken zu benutzen und Freunde und Bekannte bei allen passenden Gelegenheiten auf unsere Wochenchrift aufmerksam zu machen. Durch eine systematische Weiterarbeit wird natürlich ein viel stärkerer Erfolg eintreten, als dies bisher der Fall war. Wir sind überzeugt, daß es nur dieser Zeilen bedarf, um unsere Leser für die laufende Mitarbeit zu gewinnen.

**Mandatsniederlegung in Braunschweig.** Der demokratische Landtagsabgeordnete Dr. Kegensburger hat bewundernswürdig sein Mandat aus Gesundheitsrücksichten niederlegen müssen. Sein Nachfolger ist der Rechtsanwalt Dr. Gollmann, Braunschweig, der bereits dem vorigen Landtage angehört und als Vorsitzender des Landespartei Braunschweig des Deutschen Beamtenbundes in Beamtentreffen besonders bekannt ist.

## Bölkisches Urteil.

**Mündmayer und sein Untersuchungsleiter.** Der bekannte bölkische Agitator Pfarrer Mündmayer (Borfam) war, wie erinnerlich, in einem Disziplinarverfahren freigesprochen worden. Das Urteil hatte allgemeines Bestreben hervorgerufen und gegen den Untersuchungsleiter, Pastor Dr. Brühl, war von der sozialdemokratischen Presse in Emden der Sturm erhoben worden, daß er sich in unzulässiger Weise anzugreifen des Angeklagten betätigt habe. Diese Behauptung hatte einen Beleidigungsprozess des Untersuchungsleiters gegen das Blatt zur Folge, in dem das Gericht nur eine formale Beleidigung feststellte. In der Urteilsbegründung heißt es, die Untersuchung sei so geführt worden, daß der Ansehen ermedt werden mußte: „Hier wird zugunsten des Angeklagten Partei ergriffen.“ Zum Beispiel sind von den 120 Urteilsbelegungen der Beschwerdebeschrift nur zehn bis zwölf Personen nennbar worden. Zum mindesten sei der Einspruch ermedt worden, daß der Untersuchungsleiter im Falle Mündmayer nicht allzu tief eingegriffen dachte. Mit dieser Urteilsbegründung dürfte die Notwendigkeit der Eröffnung eines neuen Verfahrens gegen den Pfarrer Mündmayer klar erwiesen sein.

**Und wieder ein Schilling der Etwacht!** Der bekannte bölkische Stadtrat Streicher-Nürnberg, der wiederholt wegen gewohnheitsmäßiger Beleidigungen vor dem Richter zu erscheinen hatte, wurde vom Amtsgericht in Nürnberg zu 900 M Geldstrafe verurteilt. Streicher hat in seinem Standaatblatt, dem „Stäitmer“, im Mai 1925 einen Artikel mit der Überschrift „Sommermauer zum höchsten Oberinsanzrat“ gebracht, in dem er neben einigen Ausfällen gegen Oberbürgermeister Dr. Luppe dem höchsten Oberinsanzrat Dr. Reichsmann vorwarf, daß er Soldaten zum Erbrechen von Wässhäften und zum Diebstahl von Soden, Senden und Unterhosen veranlaßt habe. Der Oberleutnant der Landespolizei in Ansbach, Karl Ertlich, der die Behauptungen verbreitet hatte, erhielt eine Geldstrafe von 300 M. In der Urteilsbegründung wird betont, daß gegen Streicher auf Gefängnis erkannt worden wäre, wenn der Artikel erst nach seinen letzten Beurteilungen erschienen wäre. — Die „Etwacht“, die sonst alles, was in der Welt passiert, erzählt, schweigt sich über alle wählige Heldentaten an — Verändliche, Sittenrichtiger sehen nur die Splitter in den Augen ihrer Gegner.

**Bölkische Bombenattentäter.** Die bölkischen Junglinge, die sich der besonderen Pflege des Magdeburger Standaatblätters, genannt „Etwacht“, erfreuen, glauben ihre Begeisterung für ihre politische Anschauung dadurch am besten zu beweisen, als sie Bomben auf jüdische Gotteshäuser werfen. So war das auch der Fall am 18. Oktober vorigen Jahres anlässlich des Reichstageseröffnungs dieses Gotteshauses hatten sich in Leipzig 160 Mitglieder des bölkischen Frontbanns vor dem Schwurgericht in Leipzig zu verantworten.

Das Gericht sprach nach zweitägiger Verhandlung folgendes Urteil: Reinhardt und Kisten werden wegen Vergehens nach § 6 des Strengegesetzes zu je fünf Jahren Zuchthaus, die anderen Angeklagten wegen Vergehens nach § 13 des Strengegesetzes zu 3 Tagen bis zu einem Monat Gefängnis verurteilt.



# Parteinachrichten.

## Bezirk Magdeburg.

**D. D. P. (Geschäftsleitenden Ausschuss).** Sitzung am Montag, den 19. April, abends 8 Uhr in der Geschäftsstelle.

Eine Vollziehung des erweiterten Vorstandes findet der Zeit vom 26. bis 30. April statt. Näheres in nächster Nummer.

**D. D. P. (Stammfisch).** Dienstag, den 20. April abends 8 Uhr: Sotel „Weißer Bär“, Weinjahrsfeier 6 Mitglieder und Freunde herzlich willkommen.

**Magdeburg, D. D. P.** Herr Sanitätsrat Dr. Neugebäude feierte am 14. April mit seiner Gattin das Fest der 18ten Hochzeit.

**Magdeburg, D. D. P.** Der Mitgliedsbeitrag für das 3. Vierteljahr wird z. Zt. durch unsere Kassenboten eingezogen. Der Beitrag beträgt für männliche Mitglieder mindestens 2,00 M., für weibliche Mitglieder 1,00 M. Wir bitten sehr, durch prompte Zahlung unsern Boten die Arbeit zu erleichtern. Wirtschaftlich Schwache leben die Höhe des Beitrags selbst fest, dagegen erwarde der Vorstand von den zahlungsträgigen Mitgliedern einen über ein Mindestmaß hinausgehenden Beitrag.

**Demokratische Jugend Magdeburg.** Montag, den 19. Mai, Mädelabend. Gymnastische Übungen. Freitag, den 23. Mai: Betrachtungen über die Demokratieverwirklichung durch Ernst Fischer und Otto Reuthe.

Herr Stadtverordneter D. Dürre-Magdeburg wurde in den Vorstand des kommunalpolitischen Ausschusses der Deutschen Demokratischen Partei gewählt.

**Gauab der Reichsbanner.** Am verflochtenen Sonntag fand in Magdeburg im festlich dekorierten großen Festsaal der Gauab des Reichsbanners Schwarzrot-Gold statt. Ca. 300 Vertreter der Ortsgruppen des Gauab Magdeburg-Anhalt waren erschienen, um die Beschlüsse des Gauvorstandes entgegenzunehmen. Zur Zeit bestehen 334 Ortsvereine, die in 18 Kreisverbände zusammengefasst sind. Die Gründung neuer Ortsvereine ist vorbereitet, jedoch zu erwarten ist, dass im Laufe dieses Jahres noch eine stattliche Anzahl neuer Ortsgruppen sich bilden werden. Die Jugendbewegung wird systematisch gefördert und hat bereits schöne Erfolge zu verzeichnen; ebenso sind die Nachfahrerabteilungen überall in der Bildung begriffen. Beschlüsse wurden, dass jeder Ortsverein in diesem Jahre eine würdige Verfassungsfestfeier durchzuführen habe. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

Der Tag der Verfassung muß mehr als bisher Gemeingut aller Republikaner werden. Vor allen Dingen ist dahin zu streben, die Verfassungsfestlichkeiten immer mit republikanischer Gesinnung zu durchziehen. Die Gaukonferenz erwidert die Wichtigkeit zur Erreichung dieses Zieles in der Durchführung folgender Punkte:

1. Die offiziellen behördlichen Verfassungsfestlichkeiten sind so anzulegen, daß es vor allem dem republikanischen Teile der Bevölkerung möglich ist, an diesen Festen teilzunehmen.

2. Die Kameraden des Reichsbanners sind verpflichtet, mit ihren Angehörigen an den offiziellen Verfassungsfestlichkeiten teilzunehmen. Der Anhalt der Festen ist von den Ortsgruppenleitern vorher mit den Behörden zu besprechen.

3. Die Verfassungsfestlichkeiten des Reichsbanners selbst sind zu großen Volksfesten zu gestalten, durch die die breiten Massen des Volkes planmäßig auf die hohe Bedeutung des Tages und der Verfassung hingewiesen werden.

Gau- und Bundesvorstand werden gebeten, alle Vorbereitungen zu treffen, die dafür in Frage kommen.

Der Berichterstatter hob lebhaft das harmonische Zusammenarbeiten mit allen drei republikanischen Parteien hervor. Das Reichsbanner wird auch fernerhin seine ganze werbende Tätigkeit auf die Stärkung des republikanischen Gedankens einrichten. An den Bericht des Gausekretärs Wille schloß sich eine längere, laudische Aussprache, in der dem Gesamtverband das Vertrauen ausgesprochen wurde. Zur Bundesversammlung, die vom 13. bis 15. Mai in Magdeburg tagt, wurden gewählt: Wille-Magdeburg, Bauermeister-Magdeburg, Donath-Deßau, Fassin-Jerbst, Schüle-Bernburg, Hedler-Cöthen, Jäger-Gr. Ottersleben, Köhricke-Wiersleben, Meindrich-Stahfurt, Kröpke-Wiersleben, Reimelt-Steigerburg, Thue-Genthin, Köhlig-Halberstadt, Diedmann-Salzwedel, Guhard-Ottersburg, Treumann-Stendal, Duldhardt-Wolmirstedt, Tramp-Mehandelsleben, Lange-Magdeburg, Wozmann-Magdeburg, Brandt-Magdeburg, Krödel-Magdeburg.

In den Gauvorstand wurden gewählt: Vorsitzender Köber, Schriftführer Pauli, Kasser, Bauermeister, sämtlich in Magdeburg, als Beisitzer Schumacher, Sindermann, Nagel (Dem.), Dürre (Dem.), und Lange-Magdeburg, Vichtenberg-Bernburg, Kling-Wanzleben und Kreis (Dem.)-Deßau sowie Jugendleiter Kape-Magdeburg.

Dem Bericht des Gauvorstandes ging ein großzügiges Referat des Bundesvorstandes folgend voraus, das einen geschichtlichen Rückblick auf die Entstehung des Reichsbanners gab und seine Notwendigkeit eingehend begründete. Die Ausführungen des Kameraden Höfing wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Die Tagung verlief musterhaft. Es herrschte in allen Fragen Einmütigkeit. Der Gauvorstand Kamerad Köber stellte mit Freude den harmonischen Verlauf der Konferenz fest und schloß diese mit einem Hoch auf die Republik.

**Wolmirstedt:** Die Kreisabgaben betragen 50 Proz. Zuschlag zu den Reichseinkommen- und Körperschaftssteuerüberweisungen der Gemeinde- und Gutsbesitzer, 60

Proz. Zuschlag zur Grundvermögenssteuer und 50 Proz. Zuschlag zur Gemeindesteuer.

**Wieder:** Herr Oberstadtdirektor Dr. Bohner M. d. L. hielt vor der Versammlung des Kreises Jerichow I einen Vortrag über die Krise in der modernen Dichtung, in dessen Verlauf er die folgenden drei Probleme aufwarf:

1. Umfaßt die Dichtung der Klassiker, vor allem Goethes und Schillers, die gesamte deutsche Kultur oder läßt sie große Kulturkomplexe (wie Landleben und Katholizismus) unberücksichtigt?

2. Welche Dichtungsart fordert das moderne Deutschland, Dichtung vom Ich ausgehend oder ins Ich zurückmündend oder die dichterische Betrachtung der Welt, der Gesellschaft?

3. Jill nun die alte Kultur des deutschen Bürgertums tot und soll etwa die proletarische Kultur (siehe Anhalt) an ihre Stelle treten?

In gestuften und tiefgründigen Ausführungen, die den schaffenden Künstler verriet, beantwortete Dr. Bohner diese Frage und gab damit zugleich einen Aufriß unserer modernen Dichtung mit ihrem Suchen und Streben nach einer neuen deutschen Kultur. Der Vortrag fand starken Beifall.

## Die Folgen einer Beleidigungslage.

Der frühere sozialdemokratische Polizeipräsident Krüger in Magdeburg hatte im Jahre 1921 die Unvorsichtigkeit begangen, eine Beleidigungslage gegen Verleumder anzunehmen, die sich dazu der kommunikativen Presse bedienen hatten. In dem Verfahren wurde Krüger als Zeuge etlich vernommen und im Verlaufe wegen Meineids desmünzt. In der Sache wurde gegen ihn eine Voruntersuchung geführt, die nunmehr endlich durch rechtskräftig gewordenen Beschluß des Landgerichtes Magdeburg, der Krüger außer Verfolgung setzte, eingestellt worden ist. Die Staatsanwaltschaft hatte wiederholt die Eröffnung des Verfahrens abgelehnt; die beispiellose Hingezogen des Prozesses wurde dadurch ermöglicht, daß das Oberlandesgericht in Naumburg a. S. der Weisung des Rechtsanwalts Schaper, der die Verleumder vertreten hat, stattgab. Bezeichnend für dieses ganze Treiben ist, daß der Stahelhelm hierher mit den Kommunisten und mit Polizeihelmen verbandelt hatte, die seinerzeit von Krüger herausgerufen worden waren.

## Bezirk Halle.

### Eine unmögliche Politik.

In Halle sprach auf Veranlassung des Landesverbandes der Deutschen Volkspartei der Ehrenvorsitzende des Reichsverbandes der Industrie, Reichstagsabgeordneter Dr. Sorge, über die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands. In seinem Vortrage, der vor einem eingeladenen Kreise mitteldeutscher Industrieller und Wirtschaftler stattfand, besprach Dr. Sorge auch die Wirkung der Vorkarnerträge und die vom Reichstag unter der rechtsgerichteten Regierung inaugurierte Zollpolitik. Hierzu führte der Vortragende aus, daß Vorkarner zweifellos für Deutschland eine günstige Politik geschaffen habe und einen wesentlichen Fortschritt bedeute, daß aber neben dem neuerdings angelegten heringsmäßigen Wobau in der Steuerbelastung für die Gewerbesteuer und Hebung der Wirtschaft unbedingt verhängende Zollhöhe gebordert werden müßten. Ein weiterer Ausbau der Zölle bedeute eine Gefahr für ganz Europa.

Dr. Sorge hat mit seinen Ausführungen zweifellos Recht und er hat in der Verankerung auf seinen Widerspruch gefunden. Umso mehr aber ist die Frage berechtigt, welche Politik für die Deutsche Volkspartei eigentlich gelten soll. Wasden die Politik die Landesverbände oder bestimmen die Fraktionen in den Parlamenten über die politische Richtung? Im preußischen Landtag hat jedenfalls die volksparteiliche Fraktion die Einleitung und Fortführung der von Herrn Dr. Sorge geleiteten Vorkarnerpolitik der Regierung als schlimmsten Fehler angelegt und für das kommunalistische Mißtrauensvotum gestimmt. Und im Reichstag hat wieder die Fraktion der Deutschen Volkspartei im Verein mit den Deutschnationalen die hohen Zollmauern, die nach Ansicht Dr. Sorges den deutschen Export unterbinden, aufgeführt und alle demokratischen Gegenanträge niedergestimmt. Was soll nun eigentlich gelten? Daß der Landesverband Halle-Merseburg dadurch, daß er Dr. Sorge vor Industriellen und Wirtschaftlern sprechen ließ, sich bewußt und öffentlich in Gegensatz zu der von seinen Partei-Fraktionen betriebenen Politik stellen wollte, ist doch nicht zu ansühnen. Denn dann müßten sowohl er wie die Parteileitung die aus solchem Vorgehen folgenden Konsequenzen ziehen. Es tritt also ent-

weder ein geradezu beispielloser politischer Verwahr in der Deutschen Volkspartei zutage, oder, was noch schlimmer ist, man mag den Versuch, durch derartige Bekundungen der Landesverbände die Befürchtung dieser Versammlungen über die blamable Haltung der Partei-Fraktionen hinwegzulenken. In beiden Fällen sind weder Landesverbände, noch Partei zu beneiden. Solche Mißfassungen von der politischen Linie einer Partei müßten in den eigenen Reihen den letzten Rest von Vertrauen untergraben.

Eine Kapuzinade. Auch die völkisch-antisemitische „Halleische Zeitung“ kommt jetzt, nachdem der „Alte Deutscher“ bereits die geistige Erodienlegung der sogenannten vaterländischen Verbände zugegeben hat, zu der öffentlichen Feststellung, daß das, was von ihr „nationale Bewegung“ genannt wird, zum Stillstand gekommen und innerlich zerbrochen ist. Das geht natürlich nicht ohne das übliche Donnern gegen die Politik des Reichspräsidenten, gegen Luther und Stresemann und gegen die fahnenflüchtigen Wähler ab. Sie zitiert: „Aus Gemeinlich ist der Mensch gemacht, und die Gesundheit nennt er seine Arme.“ Dabei sieht sie zweifellos, wenn man ihren als Vorkarner veröffentlichen Ausführungen folgt, das Gemeinlich darin, daß das deutsche Volk die Atmosphäre des politischen Mordes und der politischen Verhehlung abgelehnt und sich für eine geordnete innere und eine vernunftgemäße äußere Politik entschieden hat. Die Deutsche Volkspartei kommt, so heißt es weiter, für eine nationale Politik überhaupt nicht mehr in Betracht. Sie sei nur ein Anhängelich der Sozialdemokratie und habe ihr Programm gegen Ministerkriege verhandelt. Dann kommen nochmals die bisherigen eigenen Getreuen aus dem deutschnationalen Lager an die Reihe. Die schwanenden Gestalten müsse man entfernen und nunmehr alles, was noch „vaterländisch“ denke, im Lager der völkischen Richtung sammeln. Nur dann, wenn eine Regierung einschließlich aus völkisch geminteten Männern zusammengesetzt sei, werde man künftig zur Mitarbeit bereit sein können. — Diese letzte Wendung des Leitartikels der „Halleischen Zeitung“ ist das für die Allgemeinheit brauchbarste. Man lasse die Herrschaften ungestört von einer Regierung Grafes-Stiller-Ludenborff träumen. Sie sind genugsam geworden. Und Genugsamkeit ist ein Vergnügen an Dingen, welche wir nicht kriegen.

Die Beizetzersvertrietung in Halle beginnt am Sonntag, den 18. April, vormittags 11 Uhr im Neumarkt-Schützenhaus. Außer Herrn Landtags-Abgeordneten Meinde, der über die Hauszinssteuer spricht, wird auch Herr Staatsminister Dr. Schreiber erwartet. Wir bitten nochmals die Parteifreunde im Bezirk und in Halle um rege Beteiligung an den Verhandlungen. Stimmberichtig sind die von den Kreisvereinen gewählten Delegierten.

Jugenddemokraten-Halle. Am 25. 3. 26 sprach bei uns Zrl. cand. med. Selga Kühlein-Merseburg über „Die Beleuchtung einiger Fragefragen von medizinischen Standpunkte“. In wissenschaftlicher und doch allgemein verständlicher Form gab die Rednerin einen Ueberblick über die Einteilung und Eigenschaften der Rassen. Manches völkische Behauptung erwies sich als verzerre Wahrheit. Die deutsche Jugend darf nicht in der Minder erzoget werden, nur die arizige Klasse sei hochwertig und alle anderen minderwertig. Die gutbedachte Verankerung spendete Zrl. Kühlein Harten, wohlverdienten Beifall. — Herr stud. jur. Ernst Reijer berichtete dann über die Magdeburger Tagung der demokratischen Jugend Mitteldeutschlands vom 13.-14. 3. 26. Bemerkenswert ist, daß Zrl. Gluck in den Hauptvorstand des Mitteldeutschen Landesverbandes und Freund Simonohn zum Leiter des Gauab Halle gewählt wurden. Um Schlag fand eine anregende Ansprache über unsere Stellungnahme zu den politischen Fragefragen. — Die nächste Verankerung vom 13. 4. 26, die erstensherweise außerordentlich stark besucht war, brachte einen interessanten Vortrag unter 2. Vorsitzenden, Zrl. Eriede Mlinner, über: „Die große Revolution“. Die gedragten und doch tiefstehenden Ausführungen gaben Aufschluß über die geistige Entwicklung von den alten Griechen bis heute. Die Persönlichkeitsanbahnung wurde vom Gemeinlichkeitsgedanken der Renaissance verdrängt. Wir leben noch heute in dieser Idee, zu deren fruchtbarsten Weiterentwicklung uns der freireichliche Geist der Deutschen Republik verleihe. Reicher Beifall und anregende Ansprache waren der Dank für den gestuften Vortrag Zrl. Minners. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten blieben die Jungdemokraten noch zu einem gemüthlichen Ansehen beisammen. — Der gute, vielseitige Verlauf unserer Verankerung bringt uns jedesmal einige neue Mitglieder, jedoch die jungdemokratische Bewegung in Halle ständig wächst. R1.

Das Friedensstarke Halle, dem neben vielen republikanischen Organisationen auch die Jungdemokraten angehören sind, veranstaltet am Donnerstag, den 22. 4. 26 abends 8 Uhr im großen Saal des „Wintergartens“, Magdeburgertrage, eine öffentliche Verankerung, in der Hellmut von Gerlach-Berlin, über „Völkertum und Friedensabfindung“ sprechen wird. Die Mitglieder der D. D. P., Ortsvereine Halle und die Jungdemokraten sind hiermit zum vollzähligen Besuch dieser wichtigen Verankerung eingeladen.

Zur Erholung während der Ferien kann als Frühjahrs- und Sommeraufenthalt allen Leiern und Parteifreunden das Forsthaus Erlengrund bei Wernow in Wommern empfohlen werden. Das Dörfchen Wierdroy ist von der am Walde gelegenen Förzerei in 14 Minuten Bahnfahrt zu erreichen. Die volle Pension beträgt täglich nur RM. 5.—. Nähere Auskunft wird in der Parteigeschäftsstelle in Halle Leipzigstraße 21 gern erteilt.

Herr Buchdruckereibesitzer Paul Schwarz ist nach längerem Leiden verstorben. Wir betauern den Verlust eines treuen Gefinnungsfreundes.

**Sie wollen  
Erfolge sehen**

und sind verärgert, wenn es nicht vorwärts geht. Haben Sie schon etwas für die Verteilung unseres Blattes getan? Wie viel Leser haben Sie schon gewonnen? Gehen Sie bitte das Verzeichnis nach. Handeln Sie schnell. Sobald Sie mitarbeiten, werden Sie nicht mehr verärgert sein,

**denn dann geht es vorwärts!**



# ◆◆ Anzeigen aus dem Bezirk Magdeburg ◆◆



Größte Konsumenten-Organisation Mitteldeutschlands.  
35.000 Mitglieder — Begründet 1864 — Beschäftigt 520 Personen.

Wir liefern an unsere Mitglieder

## einwandfreie Nahrungsmittel

und machen besonders auf unsere selbsthergestellten Waren aufmerksam.

### Eigene Schlächtereier

Neuzeitig eingerichtet. Feinste Sauberkeit, erstklassige maschinelle Einrichtungen, daher appetitliche äußerst schmackhafte Ware.

### Bäckerei und Konditorei

Größter Betrieb dieser Art in Magdeburg, hygienisch einwandfrei.

### Kaffeerösterei

Herstellung alkoholfreier Getränke.

46 Material- und Kolonialwaren-Verkaufsstellen in Magdeburg und Umgegend einschl. Schönebeck  
8 Schlächterläden  
2 Manufakturwarengeschäfte.

Allen Verbrauchern sei die Mitgliedschaft dringend empfohlen.  
Beitrittsbedingungen werden in allen Lagern entgegen genommen.

## Konsum-Verein für Magdeburg und Umgegend, e. G. m. b. H.

**Julius Wertheimer**  
Magdeburg, Beilweg 175-177  
Spezialhaus ersten Ranges für  
**Damen u. Kinder - Konfektion**  
Unerschütterlich einseitige Auswähl! \* Anstandslos vorwählbare Preise!

**Ausführung sämtlicher Maurerarbeiten**  
Neubauten - Umbauten - Reparaturen  
Schwammabeseitigung, Trockenlegung feuchter Wände  
Skizzen und Kostenanschläge gratis und unverbindlich  
**Wilhelm Hohe, Baugeschäft**  
Bürgerstraße 10 Magdeburg-W. Bürgerstraße 10  
Verlangen Sie kostenlosen Besuch.

Freunde werbt Leser!!!

**Steinerner Tisch**  
Breiter Weg 94  
Täglich Konzert  
Mittags- u. Abendtisch  
im Abonn. 85 Pfg., Gedeck 1,25

**Salzquelle**  
Jeden Sonntag:  
**Konzert**  
Anschließend  
**Tanzkränzchen.**

Saloufen, Kolläden,  
Fußbodenholzmaten  
Reparaturen, Reparaturmaterial.  
**Saloufenfabrik Schmidt**,  
gegründet 1871.  
Magdeburg, Gelligegäßstr. 24, Tel. 922

**Meyer Michaelis**  
Gegr. 1884 Magdeburg Gegr. 1884  
Gr. Marktstr. 16 — Fernspr. 1424  
Günstigste Bezugsquelle  
für Sehl-, Oberleder u. sämtliche  
Schuhmacher-Verdarsartikel

**Haben Sie?**  
sich schon dem  
Konsumverein Magdeburg  
angeschlossen?

Fernruf 7100  
In Trauerfällen  
**Carl Ebeling**  
Hauptwache 8/9 am Alten Markt  
Schrotestr. 26, Wilhelmstadt  
**Särge**  
Elgono Fabrikate  
Solide Preise  
**Ueberführungen**  
m. eig. Leichenautos  
Leichenwäscherin jeder Zeit.

**Möbel**  
Bereits, Speise-  
u. Schlafzimmer  
sowie Küchen und  
eins. Stühle  
empfehlen billigst  
Gottfr. Heinrich,  
Schönebeckstr. Nr. 9

Kennen Sie schon  
den **Garanti-Strumpf**  
**Mah-Jong**  
Alleinverkauf für Magdeburg  
Noch heute sollten Sie einen  
Probekauf machen. Paar 300  
**BARASCH.**

### Geschäfts-Eröffnung!

Am 15. April eröffne ich  
**Breiteweg 165, I. Etg.**  
(Kaffee Sachleben)  
ein Atelier für Herstellung elegantester  
**Herren-Kleidung.**

Durch meine 20jährige Praxis als Schneider erster Häuser bin ich in der Lage, auch dem verwöhntesten Geschmack gerecht zu werden.  
Indem ich kulante und aufmerksame Bedienung zusichere, bitte ich, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

**Heinrich Bork**  
früher Gebrüder Bork.  
Telefon 1824.

**Walter Finke**  
Anfertigung feiner Damen- und Herren-Moden  
**Magdeburg**  
Papier-Strabe  
Nr. 21  
Solide Preise. Bequeme Ratenzahlung.

Das  
führende Spezialhaus  
für Webereiwaren!



Unsere Preise sind billig!

**Siegfried Cohn**  
Webereiwaren • Breiteweg 57/60



Gold- und Kapitalmarkt im Zeichen der Diskontermäßigung.

Von besonderer Seite werden uns folgende Ausführungen zur Verfügung gestellt.

Die Reichsbank hat am 27. März dieses Jahres den Diskontsatz um ein volles Prozent auf 7 Prozent ermäßigt, den Lombardfuß auf 8 Prozent, zugleich ist der Satz der Golddiskontbank auf bisher 6 Prozent auf 5 1/2 Prozent herabgesetzt worden.

Die Diskontermäßigung war nach der Ankündigung von Mitgliedern des Reichsbankdirektoriums erst Anfang April erwartet worden. Der Reichsbankpräsident begründete die Maßnahme mit dem weiteren Fortschreiten der Entlastung des Statuts der Bank.

Seit der letzten offiziellen Diskontherabsetzung ist in Berlin der Privatdiskont von 6 drei Viertel Prozent auf 5 Prozent, der Zinssatz für täglich fließbares Geld von 7 Prozent auf 5 Prozent, der Zins für Monatsgeld von durchschnittlich 9 1/2 auf 8 1/2 Prozent gesunken.

Die Reichsbank will, wie der Präsident ausführte, mit der Ermäßigung des Diskontsatzes die Fühlung mit den Märkten, die sie in erheblichem Maße verloren hatte, wiedergewinnen. Leicht dürfte allerdings der Reichsbank, namentlich bei einer Geldspannung die Herrschaft über den Geldmarkt nicht freitig gemacht werden, da die Reichsbank als Notenbank immer wieder die Möglichkeit hat, sich durchzulehen.

Ob dieser neue Satz nun für längere Zeit gelten wird, ob der die Kreditanträge erhöhen wird, ob er als zu hoch oder zu niedrig angelegt ist, kann erst die Zukunft lehren. Die Reichsbank wird die Politik des vorzuziehenden Abhaltens vorerst nicht aufgeben wollen.

Die Bedeutung der hygienischen Volksbelehrung für die Bekämpfung der Tuberkulose von Dr. Landau.

Obersatz der städt. Tuberkulosefürsorge.

Die Verbreitung der großen Seuchen in einem Lande kann als Gradmesser seines Kulturstandes, als Maßstab für sein Regierungssystem und die Intelligenz seiner Bevölkerung angesehen werden.

Man hat längst erkannt, daß in dem System der Tuberkulosebekämpfung die Belehrungen und Aufklärungen eine wichtige Rolle spielen und eine große Zahl von Organisationen und Personen bemüht sich in Wort, Schrift und Bild um Verbreitung der Kenntnisse vom Welen der Erkrankung.

durch die Aktivität unserer Handelsbilanz in den letzten Monaten und den weiteren bedeutenden Zufluß von Auslandsanleihen, die kurzfristig aufgenommenen Kredite ablösen sowie durch den Ankauf von deutschen Aktien von Seiten der U. S. A. und einzelner deutscher Nachbarländer.

Die Diskontermäßigung dürfte sich auch bei der Aufnahme von Auslandsanleihen auswirken. Schon drängt die Beratungstelle für Auslandsanleihen darauf, daß nicht mehr als 8 Prozent Nettozinssatz für Auslandsanleihen zugestanden werden.

Spezielle Krankheit Tuberkulose nicht tief dringen kann, wo überhaupt die einfachsten Kenntnisse von menschlichen Körper und seiner inneren, d. h. gesundheitsgemäßen Pflege fehlen.

Wie es an den primitivsten Vorstellungen in dieser Beziehung mangelt, das lehrt das tägliche Leben in verfallenen und beschämender Weise.

Nur einige Beispiele! Ohne den eingewurzelten Sinn für Reinlichkeit des Körpers und Sauberkeit aller Gebrauchgegenstände bleiben alle Ermahnungen hinsichtlich des Verhaltens zur Vermeidung der Übertragung der Krankheit auf die Umgebung fruchtlos.

Die Gesellschaften fordern: Umgestaltung der Industrie- und Handelskammern, der Landwirtschaftskammern und der Handwerks- und Gewerbetammern.

parieren, als Nachlässigkeit und Unernst hier verderben kann.

Gilt dies für die Behandlung der Krankheit, die Vermeidung ihrer Verhütung, die Verhinderung ihrer Weiterverbreitung, so gilt es recht sehr für ihre Bekämpfung. Die Tuberkulosebakterien haben nur das letzte Spiel, was sie auf einen geschwächten leistungsunfähigen Körper treffen.

Die wirtschaftliche Not weiter Volkstreife bietet oft wohl Verständnis, aber nicht ausreichende Entschädigung für die unheimlichen himmelschreiende Verwahrlosung von Körper, Kleidung, Wohnung, die die Fürsorgebehörden bei Besuchen antreffen.

Hier muß angelegt werden, gegen Unkenntnis u. Gleichgültigkeit gilt es anzukämpfen. Dies soll die Aufgabe der Reichsgesundheitswoche sein, weite Kreise aufzurütteln und zu belehren.

Ihre Erfolge werden auch Erfolge der Tuberkulosebekämpfung sein!

Soziales

Unabhängige Kampfesweise!

In der Gewerkschaftsbewegung tritt die Uneinigkeit der Verbände untereinander derart stark zu Tage, daß der Unternehmer keine heile Freude daran haben kann. Es war schon immer so: den Vorteil, um der zwei sich stritt, errietet allererst der Dritte.

Die Gewerkschaften fordern: Umgestaltung der Industrie- und Handelskammern, der Landwirtschaftskammern und der Handwerks- und Gewerbetammern.

Wie uns der „Gewerkschaftliche Nachrichtenendienst“ meldet, sind die deutschen Sühnegewerkschaften an die Reichsregierung und die Regierungen der Länder heraustraten und haben erneut und dringend die Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen Berufsammern gefordert.

Die Umgestaltung der Berufsammern wird, ohne gleichzeitige Umgestaltung der Kampferne eine Lösung für den im März 1925 der Reichsversammlung vorgelegenen Unterbau des Reichswirtschaftsrates zu finden und den Unterbau vor, zum mindestens aber gleichzeitig mit dem entgeltlichen Reichswirtschaftsrat vorzuziehen zu sein.

Die Gewerkschaften fordern deshalb aus Gründen des Staatswohls, der Wirtschaftsförderung und des sozialen Friedens, daß die Berufsorganisationen und Persönlichkeiten der Arbeitnehmerbewegung durch Beteiligung an den öffentlich-rechtlichen Berufsammern der deutschen Wirtschaft als mitwirkende und mitverantwortliche Faktoren herangezogen werden.



### Behördenange'ellientag in Weimar.

Die Reichsgruppe der Angestellten bei Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden im Gewerkschaftsbund der Angestellten tritt am 17. April 1926 in Weimar zu einer Arbeitstagung zusammen, der sich der dritte Deutsche Behördenangestelltenkongress am 18. April anschließt. In dieser Kundgebung wird der Leiter der Reichsgruppe, Max Mannsberg, in die von der Landesbewegung der Verwaltungsangestellten und den sich aus der Kundgebung des Verbands der Verwaltungsangestellten - § 11 - ergebenden neuen Gefahren befristeten. Seine Ausführungen werden gipfeln in der Forderung nach Anerkennung der Verwaltungsangestellten als Berufsstand und dessen Verankerung im öffentlichen Dienst. Ferner wird das Mitglied des Bundesvorstandes, Rößiger, Berlin, über das Thema: 'Wirtschaftsnot und Wirtschaftsaussicht' sprechen und dringende sozialpolitische Fragen erörtern. - An der Tagung nehmen Angestellte aller deutschen Gauen teil.

### Vom Mittelstandsal.

Der am letzten Dienstag erfolgte Zusammentritt des endgültigen Reichs-Parlamentarismus rufft die Erinnerung besonders daran, daß vor einem Vierteljahrhundert der Ausbau des preussischen Kanalsystems durch die Schaffung des Mittelstandsal als ein Parteiprogramm der Agrarier gefordert ist; was damals infolge dessen nicht ausgeführt werden konnte, muß jetzt unter bedeutend schwierigeren - erhaltenden mit Mühe und Not nachgeholt werden, da sich eben der Mittelstandsal für das deutsche Verkehrsnetz als unbedingt erforderlich herausgestellt hat. Nachdem das Kanalwesen im Jahre 1921 auf das Reich übernommen worden ist, haben dann auch alsbald die Vorarbeiten zur Vollendung des Mittelstandsal eingeleitet. Augenblicklich sind fünf Bauämter damit beschäftigt. Die Vorarbeiten erstrecken sich in erster Linie auf den Hauptkanal von Peine bis Burg am Plauer See, wo sie jenseit vorgeführt sind, daß mit der Ausführung begonnen werden kann, sobald die Finanzierung sichergestellt ist. Daneben werden Entwürfe bearbeitet für Harzalsperren, in denen das Speisewasser bereit gestellt werden soll, für Talperren in der oberen Saale, aus denen die Elbe in Niedrigwasserzeiten auf eine für Kanalschiffe ausreichende Wasserhöhe angehoben werden soll, für den Ausbau der Saale für Taubendampfschiffe, für den Anschluß nach Staßfurt-Neopoldsdorf und für einen Kanal von der Saale nach Leipzig. Solange der Mittelstandsal nicht fertig gestellt ist, besitzen wir kein zusammenhängendes, über das ganze Reichsgebiet ausgebreitetes, einheitlich für die Großschifffahrt in allen Teilen benutzbares Verkehrsnetz. Mit seiner Hilfe wird es möglich sein, zwei von den bisher bestehenden drei Gruppen von Wasserstraßen miteinander zu verbinden, nämlich das Elbe-Dor-Gebiet und das Rhein-Elbe-Gebiet. Wedrig ist dann noch als unangefassten das Donaugebiet. Der Reichswasserstraßenverband bleiben daher noch wichtige Aufgaben übrig.

**Reichsregierung und Kleinwohnungsba.** Dem Reichstag ist nunmehr der Gegenstand eines Gesetzes über die Bereitstellung von Kredit zur Förderung des Kleinwohnungsbaes zugegangen. Die Reichsregierung hat mit Rücksicht auf die außerordentliche Elbedürftigkeit der Sache gebeten, die Beschlußfassung des Reichstages noch in dieser Woche herbeizuführen zu wollen. Im § 1 des Gesetzes heißt es u. a.: Die Gewährung von Zwischentreuhand auf erste Hypotheken der Kleinwohnungen zu fördern wird der Reichsbauminister ermächtigt, an die Länder Darlehen bis zur Dauer von zwölf Monaten nach dem jeweiligen Ablauf zu gew. ren. Der Reichsfinanzminister wird ermächtigt, zu diesem Zweck 200 Millionen Mark im Wege des Kredites flüssig zu mach. n. In der Begründung wird ausgeführt, daß zur Behebung der dringenden Wohnungsnot im Deutschen Reich nach vorläufiger Schätzung 6 bis 700 000 Wohnungen fehlen. Mit Hilfe der zur Verfügung stehenden Bauarbeiter und Baustoffe könnten im Jahre 1926 und 200 000 Wohnungen hergestellt werden, wenn die Bauarbeiten gleichmäßig auf vier Bauabschnitte verteilt werden und die dazu erforderlichen Mittel beschafft werden könnten. Da gegen die Aufnahme einer Auslandsanleihe für den Wohnungsbaubau Bedenken bestehen, so soll jetzt das Geld auf dem gewinnbringendsten Wege beschafft werden. Die für die einzelne Wohnung mit Hilfe des Reichskredites gegebene erste Hypothek darf den durchschnittlichen Betrag von 5 000 Mark nicht überschreiten. Bei der Bestellung sollen solche Bauten besonders berücksichtigt werden, bei denen bewährte einheitliche Typen-entwürfe mit normierten Bauweisen ausgeführt werden. Die öffentlichen Kredite des Reichskredites ermöglichte erste Hypothek soll möglichst bis zu 60 Prozent des Bau- und Bodenwertes umfassen. Die Länder sollen für die Weiterbegebung nicht neue Einrichtungen schaffen, sondern sich der Hypothekenbanken oder anderer Realkreditinstitute bedienen, die zur Ausgabe von Pfandbriefen ermächtigt sind. Soweit erforderlich, soll darauf hingewirkt werden, daß die Pfandbriefe der sozialen Bereicherung, Sparzinsen und andere öffentliche Einrichtungen einen angemessenen Teil ihrer Gelder in derartigen Pfandbriefen anlegen.

## Kriegsbeschädigte!

Eure wirtschaftliche Interessenvertretung ist einzig und allein der auf republikanischem Boden stehende Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen. Ausreichende Verlegung und Hilfe ist sein Ziel, seine Parole: Nicht Dank, sondern Recht! Deshalb hinein in den Reichsbund! Anmeldungen an die Geschäftsstelle Magdeburg, Alte Ulrichstr. 18.

# Streiflichter aus dem Stadtparlament.

Der Silberblick. - Der neue Stadtbaurat. - Ein unbegründetes Misstrauensvotum. - Die Unbekehrbaren. - Um unsere Krankenanstalten.

Dem städtischen Finanzdeputierten ist es endlich gelungen, eine Anleihe in einer Höhe von 14 Millionen Mark bei der Girozentrale für die Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt unterzubringen. Die Emissionsbedingungen stehen zwar noch nicht endgültig fest, dürften aber wohl die gleichen sein, zu denen ähnliche Anleihen in den jüngsten Tagen vom Giroverbande und anderen Instituten übernommen worden sind. Der Emissionskurs dürfte danach etwa 95 Prozent sein. Unbekannt ist es auch, ob sofort der ganze Betrag der Anleihe zur Zeichnung aufgelegt werden wird, oder nur ein Teilbetrag. Wir würden das letztere für empfehlenswerter halten, und zwar mit Rücksicht darauf, daß auf dem Geldmarkt die Tendenz nach einer weiteren Ermäßigung der Zinssätze ununterbrochen ist. Es sei daran erinnert, daß die jüngsten preussischen Schaßanweisungen, die ebenfalls zu 95 Prozent begeben werden, nur mit 6 1/2 Prozent Zinsen ausgestattet sind. Auch die Postanleihe soll unter den gleichen Bedingungen begeben werden. Die Begebung eines Teilbetrags der Anleihe würde auch nach unserer Auffassung den dringenden Geldbedarf der Stadt für absehbare Zeit durchaus decken.

Das glückliche Zustandekommen der Anleihe ist ein Erfolg, der durchaus nicht unterschätzt werden soll. Er ist der Silberblick am Horizont unserer Kommunalpolitik. Durch die ihr durch die Anleihe zuzuführenden Mittel wird die Stadt in die Lage versetzt, Arbeiten in Angriff zu nehmen, die immer wieder hinausgeschoben werden mußten, weil es ungenügend war, für ausreichende Deckung zu sorgen. Erinnert sei an die Erweiterungsarbeiten im Elektrizitätswert, die in den vorangehenden Jahren zum größten Teil aus laufenden Einnahmen bestritten werden mußten; er angeandert Zustand, da dadurch die Tarife auf eine bedeutende Höhe hinaufgeschraubt wurden. Auch die ziemlich erheblichen Aufwendungen für Straßenspülungen werden unbedeutend aus Anleihenmitteln gedeckt werden können, da das ja Arbeiten sind, die auch der kommenden Generation zugute kommen, so man billigerweise ihr auch die Tragung eines Teiles der Kosten durch Übernahme der Amortisation und Verzinsung der Anleihe überlassen kann. Zu den weiteren Aufgaben, die mit Hilfe der Anleihe demnächst in Angriff genommen werden können, gehört auch der Erweiterungsbau im Sanderbürger Krankenhaus.

Wir dürfen also hoffen, daß die Stadtwahlverwaltung, von einer ihrer drückendsten Sorgen befreit, in der kommenden Zeit wieder eine fröhliche Initiative entwickeln und auch ihrerseits zu einer Belebung des Arbeitsmarktes beitragen wird.

Stadtbaurat Götsch, der in der Donnerstagsabstimmung in sein Amt eingeführt wurde, darf es als ein glückliches Omen betrachten, daß seine Amtseinführung mit der Unterbringung der Anleihe zusammenfällt. Sie eröffnet ihm ja die Aussichten, daß er an die Verwirklichung vorerwähnter, das Lebensausmaß schon vor längerer Zeit angefaßt hat, das Lebensausmaß der Elbe hinüber nach Graues, der Neubau der Strombrücke, der Neubau der Serrantbrücke, die in diesen Tagen auf ein Pfähliges Projektionsgerüst aufzuführen konnte, und verschiedener anderer mehr.

Stadtbaurat Götsch ist schon seit einigen Jahren im Dienste unserer Stadtwahlverwaltung tätig; er ist also für uns kein unbekanntes Gesicht mehr. Bei einer ganzen Reihe nicht ganz unwichtiger Arbeiten war er in maßgebender Weise beteiligt; so z. B. bei dem Bau der Sternbrücke, bei dem Straßen- und dem Bahnbau nach Südost, an der Kanalisierung der Elbdorfer. Eines der schwierigsten Probleme, an deren Lösung er mitarbeiten mußte, ist die Trinkwassererzeugung Magdeburg. Wir wollen hoffen, daß ihm das Kräfte dieser Lage in gleich befriedigender Weise gelingen möge, wie die Erledigung der vorerwähnten Arbeiten.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir uns die Anfrage erlauben, wann endlich der Posten eines verantwortlichen Leiters des Hochbauamtes endgültig besetzt werden soll. Das gegenwärtige Provisorium dauert nun schon zwei Jahre. Das ist kein erfreulicher Zustand. Hoch- und Tiefbauamt sind bei vielen Aufgaben, die die Zukunft bringt, auf ein enges Hand-in-Hand-Arbeiten angewiesen und werden sich in manchen lächerlichen Problemen, wie sie z. B. der Neubau der Strombrücke im Gefolge haben muß, schon lange Zeit vor Inangriffnahme des eigentlichen Baues verdrängen müssen, und mit einem Plan vor die Stadtwahlversammlung treten zu können, der nicht wie so vieles anderes bei uns keine provisorische Lösung darstellt, sondern etwas Ganges bringt, das dem Stadtbilde eine charakteristische Note gibt.

Ein etwas ungewöhnlicher Vorgang hat in der Stadtwahlversammlung einige Aufsehen erregt. Die sozialdemokratische Fraktion erklärte, daß sie den Etat für die Stadtwahlverwaltung Körblich ablehne, weil sie bei der Haltung des Deputierten und der Stadtwahlverwaltung nicht zufrieden sei. Da Oberbürgermeister ausdrücklich erklärte, daß er dafür die volle Verantwortung übernehme, war die Ablehnung des Etats einem Misstrauensvotum gegenüber dem Oberbürgermeister gleich zu werten. Dazu lag aber keinerlei Veranlassung vor.

Richtig ist, daß sich die Stadtwahlverwaltung Körblich in nicht sehr erfreulicher Weise im verflochtenen Jahre entwickelt hat. Aus einem Überflüssigbetriebe ist ein Zufußbetrieb geworden. Daran ändert auch nichts der Umstand, daß der Etat durch Heraushebung der Einnahmen auf künstlichem Wege zum Ausgleich gebracht worden ist. Wir weißt aber an dieser Entwicklung der Stadtwahlverwaltung die Schuld beizumessen ist oder nicht, wiefern sie in den ganzen Jahresverläufe zu suchen ist, das ist eine Frage, die erst nach eingehender Untersuchung beantwortet werden kann. Diese Untersuchung soll auch durch einen öffentlichen Ausschuss aus Mitgliedern der Stadtwahlverwaltungverfassung erfolgen. Je nach dem Ausfall der Untersuchung hätte es die Bitte immer noch in der Hand gehabt, dem Deputierten ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen.

Als milderbittenen Umstand für ihr überflüssiges Vorgehen kann sie nur geltend machen, daß der Deputierte, Stadtbaurat Arnold, bei der Unternehmung von angeleglichen Maßnahmen, die der Schatzmeister des Gutes durch den Stadtwahlverwalter dem Magistrat zur Kenntnis gebracht hatte, richtig umgekehrt worden ist. Wir 31 Stimmen der Bürgerlichen gegen 20 Stimmen der vereinigten Listen wurde der gegen den Magistrat gerichtete Vorstoß abgewehrt.

Unbekehrbar wie die Kommunisten, die die Stadtwahlverwaltung durch ungelöste Propagandareiben und ausstehende Anträge unmöglich in die Hände zogen, sind auch die radikalen Führer der Stadtwahlverwaltung in der Stadtwahlverwaltung. Die Mieteinigungsamt und Wohnungsamt wirken auf sie wie das rote Tuch auf den Stier. Gemaltens verschließen sie sich der Einsicht, daß wir auf diese Einrichtungen nicht verzichten können, so lange noch die anormalen Verhältnisse in der Wohnungswirtschaft bestehen, so lange noch laufende von främlen Wohnungswirtschaft bestehen. So erklären sie auch diesmal in kommissarischem Tone, daß sie den Etat für das Wohnungsamt und das Mieteinigungsamt ablehnen müssen, weil sie diese Einrichtungen als lächerlich für den Hausbesitzer betrachten. Doch diese Ansicht durchaus nicht von allen Hausbesitzern geteilt wird, bewies die Abstimmung, in der die Stadt. Dube und Sonnenberg mit ihrer Ablehnung ablehnen blieben. Die anderen Hausbesitzer stimmten für die ebenen Etats. Bedauerlich bleibt das Auftreten dieser Führer des Hausbesitzes aber doch insofern, als durch sie die wirklich berechtigten Interessen des Hausbesitzes schwer geschädigt werden.

Die steigenden Zuschüsse für unsere Krankenanstalten waren für den Magistrat die Veranlassung, eine Erhöhung der Kurkosten für zu beantragen. In der heutigen Zeit der wirtschaftlichen Not ist das eine Maßnahme, die nicht ganz unbedenklich ist. Unsere Krankenanstalten sind gemeinnützige Institute, deren wichtigste Aufgabe es ist, für die Hebung der Volksgesundheit zu wirken. Unsere Krankenanstalten sind nur gerecht werden können, wenn die Kurkosten nicht eine Höhe erreichen, die es den minderbemittelten Schichten unmöglich macht, das Krankenhaus aufzusuchen. Der augenblicklich für die dritte Klasse gültige Satz von 4 M. pro Tag hält sich an der unteren Grenze der in großstädtischen Krankenhäusern erbobenen Kurkostenhöhe. Eine mäßige Erhöhung erscheint nicht als unbillig, wenn man bedenkt, daß der tatsächliche Zuschuß für die Krankenanstalten von 1,4 Millionen Mark im vergangenen Jahre sich um rund 120 000 M. im laufenden Jahre infolge der allgemeinen Preissteigerung erhöht hat. Eine Erhöhung des Kurkostenfusses um 10 Prozent, wie sie der Magistrat beantragt, bringt eine Mehreinnahme von 80 000 M., deckt also noch nicht den gesteigerten Zuschuß und bleibt immer noch unter den Selbstkosten. Mit Ausnahme der Kommunisten erklärten für die Sprecher aller Fraktionen für die Erhöhung der Verpflegungskosten.

### Briefkasten

M. N. 1.). Sie amüsierten sich über den 'Hollentent' in der 'Ebendacht', wir dagegen über den Großgewinn der Deutschen. Die vorläufige Auflage der M. N. ist mit ihrer Fülle von Nebenangeboten und dem doppelten so hoch als die der Magdeburger wöchentlichen Sittenschilder. 2. Der Bericht ist uns bekannt. Wir wissen, daß drei deutsche nationale Persönlichkeiten wegen Treueunterstützung bestraft sind. Solche Dinge zu bezeichnen lehnen wir ab. Wir lehnen es auch ab, den unumkehrlichen Nebenangeboten des von Ihnen geschilderten wöchentlichen Sittenschilders zu erwähnen. Einen Stempel machen wir nicht.

Seiten Gruß u. M.

### Neue Bücher

Wie helfen wir uns? Wege zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg; von Gustav Böhm, Oberbürgermeister in Berlin. Verlag Alfred Wegner, Berlin. Preis 1.- M. Eine feinsinnig und anregend geschriebene Broschüre, die wir unseren Freunden bestens empfehlen können.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag Ludwig Müll, Magdeburg. Druck: Buchdruckerei der Allgemeinen Zeitung, Pöhlitz.

## Hotel, Restaurant „Weißer Bär“

Bes. Ad. Thüringel.

Inscribieren bringt Erfolg!

## Wilhelm Kobelt

Telefon 7282 Bärplatz Telefon 7282

ff. Fleisch- und Wurstfabrik



# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Samstag. ... Preis: 20 Groschen. ... Vertrieb: durch den Verlag des „Politischen Wegweisers“.

Nummer 16 Halle a. S., 17. April 1926 2. Jahrgang

## Friedenssabotage.

Langweilige Friedensschalmeien — Fröhliche Kriegsanfaren — „Unser Meer“ — Tunis oder Smyrna? — Die Kanonen am Rhein — Immer davon reden, aber nie daran denken — Der Dollar als Friedensfaktor — Ein Meisterwerk der Grobheit — Das Bündnisnetz — Sich schneidende Kreise — Eine Aufgabe bei Bülow — Locarno reicht nicht aus — Der Wettlauf des Franken, Pfund und Schilling — Die Spähne lächelt — Es telchmelcht wieder — Am Luthers Kopf — Unruhe im Schmolwinkel.

Offenbar hat den verantwortlichen Staatsmännern der alten Welt der Frieden bereits zulange gewährt. ... Die Aufgabe bei Bülow — Locarno reicht nicht aus — Der Wettlauf des Franken, Pfund und Schilling — Die Spähne lächelt — Es telchmelcht wieder — Am Luthers Kopf — Unruhe im Schmolwinkel.

sein kann, was ausreichend ist. In Moskau ist man für Ehre sehr empfindlich, wenigstens für die eigene. ... Die Aufgabe bei Bülow — Locarno reicht nicht aus — Der Wettlauf des Franken, Pfund und Schilling — Die Spähne lächelt — Es telchmelcht wieder — Am Luthers Kopf — Unruhe im Schmolwinkel.

Deutsche überlegt bedeutet, daß man die Verträge entwerfen will. Herr Bauerwein schlägt zwar vor, und darin befreit er sich mit unferer eigenen Ansicht, man solle die Verträge umschreiben, damit sie auch ohne Genf in Kraft gesetzt werden könnten, aber er schließt damit in den holländischen Telegraph, in seinem Watin hat er es nicht gelagelt. Ein trübes Bild, das sich vor uns entrollt.

Die einzige Hoffnung, die man ernsthaft hegen darf, stützt sich auf die zerrütteten Finanzen. Der Franken fällt, der Pfund sault hemmungslos in ungeachtete Tiefen. ... Die Aufgabe bei Bülow — Locarno reicht nicht aus — Der Wettlauf des Franken, Pfund und Schilling — Die Spähne lächelt — Es telchmelcht wieder — Am Luthers Kopf — Unruhe im Schmolwinkel.

Nur bei uns herrscht Ruhe. Die Dierferren sind noch nicht beendet. Erst ganz allmählich erwaucht die Politik. ... Die Aufgabe bei Bülow — Locarno reicht nicht aus — Der Wettlauf des Franken, Pfund und Schilling — Die Spähne lächelt — Es telchmelcht wieder — Am Luthers Kopf — Unruhe im Schmolwinkel.

Richard Man.

### Ein Landespräsident in Walded?

Werkwürdige Kleinstaater.



Haben jene politischen Kreise Belgiens recht, die in der Fahrt des Dittators nach Lybien eine unverhoffte Drohung gegen die Türkei sehen wollen? ... Die Aufgabe bei Bülow — Locarno reicht nicht aus — Der Wettlauf des Franken, Pfund und Schilling — Die Spähne lächelt — Es telchmelcht wieder — Am Luthers Kopf — Unruhe im Schmolwinkel.

Freilich nicht nur von einer Seite, auch Moskau ist nicht untätig. Von den Polen erwartet es nicht viel. ... Die Aufgabe bei Bülow — Locarno reicht nicht aus — Der Wettlauf des Franken, Pfund und Schilling — Die Spähne lächelt — Es telchmelcht wieder — Am Luthers Kopf — Unruhe im Schmolwinkel.

Wungauschluß der Waldbesitzung gefügt, daß dem Landespräsidenten dieser Beschluß bedarf. ... Die Aufgabe bei Bülow — Locarno reicht nicht aus — Der Wettlauf des Franken, Pfund und Schilling — Die Spähne lächelt — Es telchmelcht wieder — Am Luthers Kopf — Unruhe im Schmolwinkel.

Frankreich ist gut gerüstet. Selbst der Währungszerfall und die zerrütteten Finanzen haben den Kaiser nicht geprengt. ... Die Aufgabe bei Bülow — Locarno reicht nicht aus — Der Wettlauf des Franken, Pfund und Schilling — Die Spähne lächelt — Es telchmelcht wieder — Am Luthers Kopf — Unruhe im Schmolwinkel.

Sonderlich behaglich kann der Wilhelmstraße bei jeder Bewegung der internationalen Politik nicht ... Die Aufgabe bei Bülow — Locarno reicht nicht aus — Der Wettlauf des Franken, Pfund und Schilling — Die Spähne lächelt — Es telchmelcht wieder — Am Luthers Kopf — Unruhe im Schmolwinkel.

Aus diesen staatsrechtlichen Erwägungen heraus werden voraussichtlich die Einzelheiten der geplanten Umrennung abhaken, da diese nur durch Abänderung des Abfessungsvertrages erfolgen kann. ... Die Aufgabe bei Bülow — Locarno reicht nicht aus — Der Wettlauf des Franken, Pfund und Schilling — Die Spähne lächelt — Es telchmelcht wieder — Am Luthers Kopf — Unruhe im Schmolwinkel.

Das Vertrauen hat sich bemüht. Die Konferenz ist angelehrt. Doch mo alles verhoffen wird, dürfte auch sie dem gleichen Schicksal anheimfallen. ... Die Aufgabe bei Bülow — Locarno reicht nicht aus — Der Wettlauf des Franken, Pfund und Schilling — Die Spähne lächelt — Es telchmelcht wieder — Am Luthers Kopf — Unruhe im Schmolwinkel.